

Abschließend ist festzustellen, daß größere Themenbereiche der DDR-Forschung ohne Auswertung von MfS-Unterlagen kaum adäquat behandelt werden können. Darüber hinaus könnte den Akten eine zentrale Bedeutung für die Erforschung kommunistischer Herrschaftssysteme und moderner Diktaturen zukommen [→ Bericht Engelmann].

6. *Forschungsdesiderata und Empfehlungen*

- Über zwei Jahre konnten bisher Erfahrungen mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) gesammelt werden. Für die Forschung haben sich dabei eine Reihe grundsätzlicher Fragen ergeben. So stehen z. B. Datenschutzbelange oft im Konflikt mit Forschungsinteressen. Bei einer Novellierung des StUG sollte diesen Erfahrungen unter Hinzuziehung archiv- und geschichtswissenschaftlichen Sachverständigen Rechnung getragen werden.
- Nachdem der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) einen Großteil der Überprüfungen im öffentlichen Dienst bewältigt hat, sollten für die Forschung die großen Bestände an Sachakten des MfS verstärkt erschlossen und bereitgestellt werden.
- Zum Problemfeld der personellen Aufarbeitung des MfS-Erbes → Kapitel „Seilschaften“.
- Eine genaue, differenzierte Erforschung der Verantwortung hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS steht noch aus.
- Zur Klärung der offiziellen Kontakte zum MfS ist eine Erforschung des politisch-operativen Zusammenwirkens (POZW) dringend erforderlich.
- Eine Novellierung des StUG sollte hauptamtliche Mitarbeiter der K 1 den Inoffiziellen Mitarbeitern der K 1 gleichstellen.
- Weitere Forschungsdesiderata sind:
Die Durchdringung des militärischen Bereichs durch das MfS und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung Aufklärung der NVA; die Arbeit der HA II sowie die Zusammenarbeit der Abteilung X mit dem KGB und den anderen Geheimdiensten der Warschauer-Pakt-Staaten.

III. *Opfer des SED-Regimes*

Inhalt

1. Kategorien der Opfer
2. Gesetzgeberische Maßnahmen
3. Handlungsbedarf für Staat und Gesellschaft

Ein Ziel der Arbeit der Enquete-Kommission war es, den Blick auf die Folgen von 40 Jahren SED-Diktatur zu richten. Hierzu gehört die Verpflichtung, die Schicksale der Opfer des Systems zu würdigen und deren Leiden vor dem Vergessen zu bewahren, zumal da die Erinnerung an die Schrecken der überwundenen Diktatur weithin einer undifferenzierten „DDR-Nostalgie“ weicht. Viele Opfer des SED-Regimes fühlen sich auch heute noch benachteiligt. Sie können nur schwer verstehen, daß die strafrechtliche und die politische Aufarbeitung des SED-Unrechts bisher nicht zu den von ihnen erwarteten Konsequenzen für die Täter geführt hat. Mit Recht wird kritisiert, daß die Schilderung von Opferschicksalen in der Berichterstattung vieler Medien offenbar nur einen geringen Stellenwert besitzt. Betroffene reagieren häufig mit Wut oder Resignation, wenn sie beobachten müssen, daß Verantwortliche des SED-Systems gern gesehene Gäste in Talk-Shows oder ähnlichen Veranstaltungen sind und diese Podien oftmals als Foren für ihre Rechtfertigung mißbrauchen.

Zur Gruppe der Opfer zählt, wer diktatorischer Willkür ausgesetzt war. Im Rahmen dieses Kapitels sind jene Einschränkungen und Schädigungen nicht berücksichtigt, die jeder Bewohner der DDR zu tragen hatte und die alltagsspezifischer Natur waren (z. B. allgemeine Umweltbelastungen, Beeinträchtigungen des Lebens im Alltag durch Einschränkung der Informations- und Reisefreiheit, Versorgungsengpässe bei vielen Verbrauchsgütern). Darüber hinaus fühlte und fühlt sich jeder Gegner des Systems, der von der Staatsmacht verfolgt worden ist, als Opfer. Je stärker der einzelne sich zu seinem oppositionellen Handeln bekannte, um so eher war er dazu bereit, die daraus entstehenden persönlichen Nachteile und Repressionen in Kauf zu nehmen und sie in sein aktives Handeln einzubeziehen [→ Protokolle Nr. 67, 68].

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß letztlich die Gesamtbevölkerung der DDR durch das im Mauerbau gipfelnde Grenzregime Opfer einer großangelegten Freiheitsberaubung wurde. Dieses griff in alle Bereiche der freien Entfaltung der Persönlichkeit ein und verwandelte die Freiheitsrechte in eine Manipulationsmasse der Staatspartei. Nicht selten war die Nötigung zur Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst das Ziel.

1. *Kategorien der Opfer*

Systematisch können folgende Schadensgruppen unterschieden werden:

Schäden an den Rechtsgütern

- Leben
- Körper und Gesundheit
- Freiheit und Menschenwürde